

Berlin, am 9. Dezember 2020

Präsidentin der Europäischen Kommission
Frau Ursula von der Leyen
European Commission
Rue de la Loi / Wetstraat 200
1049 Brussels

ERSUCHEN ZUR UMSETZUNG DER ECI MINORITY SAFEPACK (MSPI) DURCH DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION

Sehr geehrte Frau Präsidentin von der Leyen,

mit diesem Brief bitte ich Sie im Namen der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN (AGDM), die Inhalte und Forderungen der autochthonen nationalen Minderheiten in der Europäischen Union, die in der Europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack (MSPI) zum Ausdruck gebracht wurden, aufzugreifen und umzusetzen.

Die AGDM fungiert als Interessensvertretung der deutschen Minderheiten in 21 Staaten Europas und Zentralasiens. Die AGDM ist als Arbeitsgemeinschaft fest verankert in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), dem größten Dachverband der autochthonen nationalen Minderheiten in Europa. Sie wird mit Mitteln der Bundesrepublik Deutschland aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert. Die AGDM agiert als Sprachrohr zur Bundesdeutschen Politik für mehr als 1 Million Angehörige der deutschen Minderheiten die historisch, außerhalb der Grenzen Deutschlands, aktiv arbeiten um ihre deutsche Sprache, Tradition und Kultur zu bewahren.

Die Europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack“ (MSPI) sammelte von März 2017 bis April 2018 1.123.422 Unterschriften, die die Initiatorinnen und Initiatoren der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) am 10. Januar 2020 bei der neuen EU-Kommission einreichten. Die Initiative stellt aus unserer Sicht eine der relevantesten und sicherlich die erfolgreichste Initiative der autochthonen, nationalen Minderheiten und Volksgruppen in den letzten Jahren dar. Die MSPI bietet eine ausgearbeitete Vorlage zur Stärkung der Rechte der europäischen Minderheiten und besteht aus neun bei der Europäischen Kommission registrierten Vorschlägen:

1. Vorschlag einer Empfehlung des Rates zum Schutz und zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Europäischen Union;
2. Vorschlag zur Verbesserung des Zugangs kleiner Sprachgemeinschaften zu EU-Förderprogrammen;
3. Vorschlag zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für Sprachenvielfalt;
4. Vorschlag zur Stärkung des Schutzes nationaler Minderheiten und zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Europäischen Union insbesondere im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung;
5. Vorschlag zur Förderung der Forschung über den Mehrwert nationaler Minderheiten und der sprachlichen und kulturellen Vielfalt zur Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Europäischen Union im Rahmen der EU-Forschungsprogramme;
6. Vorschlag zur Angleichung der Rechte von Staatenlosen, wovon insbesondere Angehörige nationaler Minderheiten profitieren;
7. Vorschlag zur Reform des europäischen Urheberrechts, um den grenzüberschreitenden Zugang zu audiovisuellen Medieninhalten zu verbessern;
8. Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, um den Zugang in den Minderheitenregionen zu audiovisuellen Inhalten in benachbarten Ländern mit der gleichen Muttersprache zu verbessern;

Am 15. Oktober 2020 hatten die Initiatoren die Möglichkeit, ihr Anliegen im Rahmen einer Anhörung vor dem Europäischen Parlament vorzutragen. Die Anhörung war insofern ein Erfolg, als die überwältigende Mehrheit der Europaabgeordneten ihre Unterstützung für die Forderungen der MSPI zum Ausdruck brachte. Gegenwärtig wird im Europäischen Parlament eine unterstützende interfraktionelle Entschließung ausgearbeitet, welche am 14. Dezember 2020 verabschiedet werden soll.

Des Weiteren wurde am Freitag, den 27. November 2020 im Deutschen Bundestag eine Entschließung mit der Aufforderung an die Kommission, die Minority SafePack Initiative (MSPI) umzusetzen, interfraktionell einstimmig verabschiedet. In der Entschließung betonen die Antragstellenden, dass *„...die Wahrung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt Europas und der wirksame Schutz der Rechte und die Förderung nationaler Minderheiten sowie ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe eine dauerhafte und wichtige Aufgabe der Europäischen Union“* seien.

Viele der genannten Forderungen der MSPI würden den deutschen Minderheiten in der EU unmittelbar zu Gute kommen und in manchen ihrer Heimatstaaten nach jahrzehntelanger Diskriminierung zur Wiederbelebung ihrer Sprache und Kultur beitragen. Daher wünschen sie sich selbstverständlich eine befürwortende und deutliche Stellungnahme der Kommission zur MSPI.

Ein entschlossenes Handeln der Kommission und die Vorlage eines umfassenden Maßnahmenpakets zum Schutz nationaler Minderheiten würde zu einer erheblichen Verbesserung der Situation der 50 Millionen Menschen führen, die in der EU leben und autochthonen nationalen Minderheiten und Sprachgemeinschaften angehören.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie als Kommissionspräsidentin herzlich darum bitten, dieses Thema aufzugreifen und sich für die Umsetzung unserer Forderungen innerhalb der Kommission einzusetzen.

Hochachtungsvoll,



Bernard Gaida
AGDM Sprecher



Renata Trischler
AGDM Koordinatorin